

- (A) ziale und ökologische Gerechtigkeit erreicht, sondern es werden Regionen und Strukturen unnötig gegeneinander ausgespielt.

Mit Option 2 würden die arbeitsintensiven größeren Betriebe, die multifunktional ausgerichtet sind und sowohl Tier- als auch Pflanzenproduktion sozialökologisch höchst verantwortungsvoll betreiben, nicht benachteiligt. Andere Großbetriebe hingegen, die nur Marktfrüchte produzieren und anfallende Arbeiten durch Lohnunternehmen durchführen lassen, wären von Prämienkürzungen betroffen. Der durch diese Kürzungen insgesamt gewonnene Betrag käme wiederum den kleineren Betrieben zugute, wie dies nun auch unter der im Gesetzentwurf favorisierten Option 1 der Fall ist.

Option 2 wäre agrarstrukturell sinnvoller und sozial gerechter. Deshalb hat sich die Linksfraktion der Stimme enthalten.

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO

- (B) der Abgeordneten **Elvira Drobinski-Weiß, Heike Baehrens, Dr. Katarina Barley, Bärbel Bas, Lothar Binding (Heidelberg), Dr. Karl-Heinz Brunner, Martin Burkert, Dr. Lars Castellucci, Petra Crone, Sabine Dittmar, Petra Ernstberger, Saskia Esken, Elke Ferner, Christian Flisek, Gabriele Fograscher, Dr. Ute Finckh-Krämer, Dagmar Freitag, Martin Gerster, Ulrike Gottschalck, Kerstin Griese, Michael Groß, Uli Grötsch, Bettina Hagedorn, Rita Hagl-Kehl, Gabriela Heinrich, Wolfgang Hellmich, Gabriele Hiller-Ohm, Christina Jantz, Frank Junge, Christina Kampmann, Ralf Kapschack, Gabriele Katzmarek, Daniela Kolbe, Hiltrud Lotze, Hilde Mattheis, Susanne Mittag, Bettina Müller, Michelle Müntefering, Ulli Nissen, Markus Paschke, Jeannine Pflugradt, Martin Rabanus, Mechthild Rawert, Stefan Rebmann, Dr. Martin Rosemann, René Röspel, Susann Rührich, Annette Sawade, Marianne Schieder (Schwandorf), Udo Schiefner, Dr. Dorothee Schlegel, Ulla Schmidt (Aachen), Ursula Schulte, Swen Schulz (Spandau), Martina Stamm-Fibich, Christoph Strässer, Kerstin Tack, Carsten Träger, Rüdiger Veit, Gülistan Yüksel, Dagmar Ziegler und Stefan Zierke (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Abgeordneten Harald Ebner, Bärbel Höhn, Renate Künast, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten, gegen bestimmte Lepidopteren resistenten Maisprodukts (*Zea mays* L. Linie 1507) für den Anbau gemäß der**

Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (C)

KOM(2013) 758 endg.; Ratsdok. 16120/13

hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes

Keine Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 für den Anbau in der EU

(Tagesordnungspunkt 6 b)

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen wir den Anbau und Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, da er nicht kontrollierbar ist, ein Verunreinigungsrisiko für Umwelt und gentechnikfreie Lebensmittelwirtschaft darstellt und von der Bevölkerung nicht akzeptiert wird. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen keinen Nutzen, aber viele Nachteile, Unsicherheiten oder gar Gefahren. Die große Mehrheit will genveränderte Pflanzen weder auf dem Acker noch im Essen.

Auch für eine Vielzahl deutscher Unternehmen in der Lebensmittelwirtschaft ist der Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen ein Qualitätsmerkmal und existenzieller Wettbewerbsvorteil. Der internationale Markt für gentechnikfreie Lebensmittel aus Europa, an welchem mittlerweile Hunderttausende von Arbeitsplätzen hängen, wächst stetig.

Aktuell hat am 16. Januar 2014 auch das Europäische Parlament mit breiter Mehrheit quer durch alle Fraktionen eine Entschließung gegen grüne Gentechnik und die Zulassung des GVO-Mais 1507 verabschiedet. (D)

Die grüne Gentechnik darf den Menschen nicht aufgezwungen werden. Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns immer wieder in Initiativen und Anträgen – zum Beispiel auf dem Parteitag am letzten Wochenende – gegen Zulassung, Anbau und Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen positioniert.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen auch die Zulassung des GVO-Mais 1507 ab. Wenn wir heute den Antrag der Grünen nicht unterstützen, dann tun wir dies aus Gründen der Koalitionsraison. Wir tun dies aber auch im Vertrauen darauf, dass diese Bundesregierung sich an den Koalitionsvertrag hält. Darin wurde vereinbart, die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik anzuerkennen.

Zwei aktuelle Untersuchungen aus Dezember 2013 und Januar 2014 zeigen erneut die großen Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik: Laut Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (im Auftrag von Greenpeace) lehnen 88 Prozent die grüne Gentechnik ab, und laut Umfrage des Meinungsforschungsinstituts EMNID (im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums) wollen 83 Prozent keine Gentechnik in der Landwirtschaft.

Ich erwarte – und ich vertraue darauf –, dass die Bundesregierung die Koalitionsvereinbarung konsequent umsetzt, die Vorbehalte der Bevölkerung anerkennt, und

- (A) in Brüssel gegen die Zulassung des GVO-Mais 1507 stimmt.

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Marco Bülow (SPD) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Abgeordneten Harald Ebner, Bärbel Höhn, Renate Künast, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten, gegen bestimmte Lepidopteren resistenten Maisprodukts (*Zea mays* L. Linie 1507) für den Anbau gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates

KOM(2013) 758 endg.; Ratsdok. 16120/13

hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes

Keine Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 für den Anbau in der EU

(Tagesordnungspunkt 6 b)

- (B) Ich lehne den Anbau und Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, da er nicht kontrollierbar ist, ein Verunreinigungsrisiko für Umwelt und gentechnikfreie Lebensmittelwirtschaft darstellt und von der Bevölkerung nicht akzeptiert wird. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen keinen Nutzen, aber viele Nachteile, Unsicherheiten oder gar Gefahren. Die große Mehrheit will genveränderte Pflanzen weder auf dem Acker noch im Essen.

Auch für eine Vielzahl deutscher Unternehmen in der Lebensmittelwirtschaft ist der Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen ein Qualitätsmerkmal und existenzieller Wettbewerbsvorteil. Der internationale Markt für gentechnikfreie Lebensmittel aus Europa, an welchem mittlerweile Hunderttausende von Arbeitsplätzen hängen, wächst stetig.

Aktuell hat am 16. Januar 2014 auch das Europäische Parlament mit breiter Mehrheit quer durch alle Fraktionen eine Entschließung gegen grüne Gentechnik und die Zulassung des GVO-Mais 1507 verabschiedet.

Die grüne Gentechnik darf den Menschen nicht aufgezungen werden. Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns immer wieder in Initiativen und Anträgen – zum Beispiel auf unserem letzten Parteitag – gegen Zulassung, Anbau und Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen positioniert.

Zwei aktuelle Untersuchungen aus Dezember 2013 und Januar 2014 zeigen erneut die großen Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik.

- (C) Ich lehne die Zulassung des GVO-Mais 1507 ab. Gerade im Bereich der Gentechnik ist es für mich eine Gewissensentscheidung, weil eventuelle Fehlentwicklungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Ich kann deshalb nicht gegen den Antrag der Grünen stimmen. Allerdings gibt es noch keine abgestimmte Haltung der Bundesregierung. Ich werde die endgültige Entscheidung noch abwarten und mich deshalb zunächst enthalten.

Ich erwarte, dass sich die Union an den Koalitionsvertrag hält. Darin wurde vereinbart, die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik anzuerkennen. Die Bundesregierung bekommt meine Zustimmung nur, wenn sie die Koalitionsvereinbarung konsequent umsetzt, die Vorbehalte der Bevölkerung anerkennt, und in Brüssel gegen die Zulassung des GVO-Mais 1507 stimmt.

Anlage 5

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Dr. Johannes Fechner (SPD) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Abgeordneten Harald Ebner, Bärbel Höhn, Renate Künast, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über das Inverkehrbringen eines genetisch veränderten, gegen bestimmte Lepidopteren resistenten Maisprodukts (*Zea mays* L. Linie 1507) für den Anbau gemäß der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates

KOM(2013) 758 endg.; Ratsdok. 16120/13

hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes

Keine Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 für den Anbau in der EU

(Tagesordnungspunkt 6 b)

(D) Als Sozialdemokrat lehne ich den Anbau und Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, da er nicht kontrollierbar ist, ein Verunreinigungsrisiko für Umwelt und gentechnikfreie Lebensmittelwirtschaft darstellt und von der Bevölkerung nicht akzeptiert wird. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen keinen Nutzen, aber viele Nachteile, Unsicherheiten oder gar Gefahren. Die große Mehrheit will genveränderte Pflanzen weder auf dem Acker noch im Essen.

Auch für eine Vielzahl deutscher Unternehmen in der Lebensmittelwirtschaft ist der Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen ein Qualitätsmerkmal und existenzieller Wettbewerbsvorteil. Der internationale Markt für gentechnikfreie Lebensmittel aus Europa, an welchem mittlerweile Hunderttausende von Arbeitsplätzen hängen, wächst stetig.